



MARKT RIMPAR

NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE SITZUNG DES MARKTGEMEINDERATES

Sitzungsdatum: Donnerstag, 16.11.2017
Beginn: 19:30 Uhr
Ende: 21:38 Uhr
Ort: im Sitzungssaal des Rathauses

ANWESENHEITSLISTE

1. Bürgermeister

Losert, Burkard

Mitglieder des Marktgemeinderates

Bötsch, Bettina
Dernbach, Ralf
Fischer, Florian
Fischer, Josef
Keidel, Helmut
Laug, Wolfgang
Meißner, Robert
Neumann, Jürgen
Pototzky, Wilhelm
Schmid, Harald
Schneider, Peter
Voll, Oliver
Wagenbrenner, Dieter
Weidner, Bernhard
Weippert, Elke
Weißner, Alexander
Wetzel, Thomas
Wiener, Nicole
Wiesner, Dirk

Schriftführer

Amon, Michael

Weitere Anwesende

Herr Zier, Seniorenrat
Herr Kempf, Seniorenrat
Herr Lamprecht, Ing.Büro
Frau Le Léannec, Ing.Büro

Abwesende und entschuldigte Personen:

Mitglieder des Marktgemeinderates

Michel, Armin

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung

- 1 Protokoll vom 26.10.2017
- 2 Bebauungsplan Neuordnungskonzept Ortsmitte Rimpär und Einbahnring Marktplatz; Planungsentwurf, Beschlussfassung vorgez. Bürgerbet. gem. § 3 Abs. 1 BauGB u. Bet. Träger öffentl. Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB
- 3 Zusammenarbeit in einer neuen Mittelschule im nördlichen Landkreis Würzburg nach Aufkündigung des Schulverbundes Marquard von Grumbach
- 4 Seniorenratswahl 2017 - Berichtigung des Wahltermines
- 5 Antrag der SPD-Fraktion vom 17.07.2017: Briefwahlunterlagen bei Bürgerentscheiden; Information zur Satzungsänderung
- 6 Antrag der RL/IGU Fraktion zur Anordnung von Tempo 30 auf allen Durchgangsstraßen der Marktgemeinde, hierzu auch div. Anträge der Fraktionen CSU und SPD zur Verkehrssituation
- 7 Erklärung zur Eröffnung des Planfeststellungsverfahrens zur Westtrasse der Ortsumgehung Rimpär/Maidbronn
- 8 Antrag Partnerschaftskomitee, Zuschuss anlässlich 20-jähriges Partnerschaftsjubiläum
- 9 Verschiedenes

1. Bürgermeister Burkard Losert eröffnet um 19:30 Uhr die öffentliche Sitzung des Marktgemeinderates, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Marktgemeinderates fest.

ÖFFENTLICHE SITZUNG

1 Protokoll vom 26.10.2017

Der öffentliche Teil der Sitzungsniederschrift vom 26.10.2017 wird in Erinnerung gerufen und ohne Einwendungen anerkannt.

2 Bebauungsplan Neuordnungskonzept Ortsmitte Rimpar und Einbahnring Marktplatz; Planungsentwurf, Beschlussfassung vorgez. Bürgerbet. gem. § 3 Abs. 1 BauGB u. Bet. Träger öffentl. Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB

1. Bürgermeister Losert begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Le Léannec und Herrn Lamprecht als Mitarbeiter des früheren Architekturbüros Dag Schröder.

Herr Lamprecht erklärt dazu, dass es im Büro einen Wechsel gegeben habe. So habe Herr Schröder als langjähriger Büroleiter in der Jahresmitte seinen Rücktritt bekannt gegeben. Er selbst habe das Büro mit allen Mitarbeitern und Projekten übernommen, so auch dieses Vorhaben in Rimpar, das ihm sehr am Herzen liege, da hier straßenbauliche und städtebauliche Belange gut zusammengebracht werden konnten. Dies solle heute hier vorgestellt werden.

Frau Le Léannec kommt auf die Bürgerwerkstatt mit ca. 70 Teilnehmern vor einem Jahr zu sprechen, bei der man erste Ideen entwickelt habe, die im Gemeinderat schon vorgestellt wurden. Man wolle das heute nicht noch einmal wiederholen, sondern nun das endgültige Konzept vorstellen. Untersuchungsgebiet sei die „Insel“ mit der Sparkasse und der umliegenden Bebauung.

Ausgangssituation sei das Projekt „Neue Ortsmitte Rimpar“ des Büros Kaiser und Juritza. Zum Teil sei das mit der Neugestaltung des Platzes vor der Alten Knabenschule schon umgesetzt. Jetzt gehe es um die Weiterführung des Verkehrskonzepts. Ziele wurden aufgelistet um zu zeigen, dass alles verbunden sei. Zur Renovierung der historischen Ortsmitte komme noch mehr dazu. Es gehe jetzt um die Aufwertung der öffentlichen Räume, die Förderung der Ortsmitte als lebendiger Ort und die Verbesserung des Ortsbildes. Bezüglich der neuen Verkehrsführung und des Verkehrskonzepts habe man viele Austausche mit dem Büro Maier gehabt. Aufgrund der durchschnittlichen 10.000 PKW täglich seien die Entlastung und Verkehrsberuhigung sowie die Verbesserung der schwierigen Fußgängersituation durch kritische Querungen sehr wichtig und dringend notwendig. Einige Grundstücke habe die Gemeinde bereits erworben, so dass es für Verbesserungsmaßnahmen großes Potenzial gebe.

Aus der erwähnten Bürgerwerkstatt habe man verschiedene Entwicklungsziele abgeleitet, die es zu projektieren galt. An erster Stelle stehe die Verbesserung des Verkehrs und der Fußläufigkeit, beides Aspekte, die unbedingt in das städtebauliche Konzept einfließen müssten. Die Bürgerschaft wünsche auch Fahrradwege und die Ausgestaltung der Ortsmitte als Versorgungszentrum für den täglichen Bedarf. Kurze Wege wären immer ein Thema für nicht so mobile, vor allem ältere Menschen. Weiterhin gehe es um eine Stärkung und den Ausbau von Gastronomie mit Außenbereich. Das gebe es zwar schon, aber beeinträchtigt durch den enormen

Verkehrstrom und schmale Gehwege. Eine ansprechende Gestaltung der Außenbereiche sei deshalb sehr schwierig. Der Marktplatz solle als Grünfläche aufgewertet werden, der derzeitige Zustand sei nicht zufriedenstellend, er diene höchstens als Puffer für den Verkehr. Weiterhin gehe es um die Schaffung von zentralen Parkplätzen für Anlieger und Besucher. Insgesamt solle die Ortsmitte als Aufenthaltsraum aufgewertet werden. Das sei der Stand vor einem Jahr gewesen.

Inzwischen habe das Büro Maier das Konzept weiterentwickelt und untersucht, was für den Verkehr erforderlich sei und wo für die Aufwertung der öffentlichen Räume Möglichkeiten bestehen. Nach mehreren Gesprächen habe man Kompromisse gefunden; die Ergebnisse seien aufgelistet und dienen als wichtige Grundlage für die Gesamtkonzeption. Klar sei, dass die Verkehrsführung dringend zu verbessern sei; aber auch die städtebauliche Qualität müsse verbessert und gestärkt werden. Einige Gebäudeabbrüche seien aus verkehrlichen Gründen notwendig, man habe die entsprechenden Grundstücke bereits erworben. Was man heute hier vorstelle, müsse weiter noch in Gesprächen entwickelt werden. Heute schon könne man aber sagen, dass folgende Anwesen abgebrochen werden müssen: Marktstraße 2, Bischof-Schmitt-Str. 1, Niederhoferstraße 1, ehemalige Schmiede. Für die Schmiede plane man einen Ersatzbau. Am Markt und in der Niederhoferstraße seien zwei Bushaltestellen geplant. Um die Insel herum sei ein kontinuierlicher Gehweg von 2 m Breite angedacht, was aus Sicherheitsgründen notwendig sei, aber auch der Gestaltung der gastronomischen Außenbereiche zugute komme. Auf der Insel selbst solle der Marktplatz als wichtiger öffentlicher Freiraum gestaltet werden. In der Ortsmitte habe man einige Baudenkmäler von historischer Bedeutung. Markante Blickpunkte habe man identifiziert und auf den Plan mit farbigen Pfeilen gekennzeichnet. Die städtebaulichen Missstände im dem untersuchten Gebiet seien zahlreich, viele Gebäude seien ungenutzt und befinden sich in einem schlechten Zustand. Auch habe man es mit etlichen Baulücken und viel asphaltierten Flächen zu tun, und der sehr starke Durchgangsverkehr bereite Sorge. Städtebaulich prägnante Stellen weisen zudem eine mangelhafte Gestaltung auf.

Mit den wichtigen Konzeptionszielen befinde man sich nahe an der Bürgerwerkstatt: Die Wohnqualität sei zu verbessern, was nicht unbedingt die Schaffung neuer Wohnungen bedeute, sondern vielmehr die Verbesserung der Wohnqualität für die Anwohner. An diversen Plätzen, z.B. am Marktplatz und Alter Knabenschule, wolle man die Aufenthaltsqualität steigern und letztlich auch zu einer Entschleunigung des Verkehrs kommen. Das sei als Grundlage für die Fußgänger und auch Fahrradfahrer sehr wichtig. Der Verkehr müsse sich unbedingt beruhigen, man solle merken, dass man in der Ortsmitte sei. Die Insel in der Ortsmitte sei in das Gesamtkonzept zu integrieren vor dem Hintergrund des Wunsches der Gemeinde, die Ortsmitte wieder als solche zu reaktivieren. Die Insel könne aber in der Mitte nicht ohne Verbindung zum Umfeld existieren. Anlieger und Dienstleister bräuchten Parkplätze, die es einzurichten gelte. Leerstände sollten beseitigt und neue Nutzungen für die Nahversorgung und Dienstleistungen entwickelt, Gebäude in schlechtem Zustand saniert werden. So solle die Ortsmitte lebendiger und letztlich ein attraktiver Ort für die Gemeinde werden.

Herr Lamprecht stellt das Konzept vor und zeigt anhand eines Planes die für den Einbahnring erforderlichen Gebäudeabbrüche sowie die Verbesserungen der fußläufigen Verbindungen auf. Das grobe Konzept sei in Abstimmung mit der Regierung von Unterfranken und den Straßenplanern erstellt worden. Die Straßenplaner wollen hier einen einspurigen Verkehr schaffen, die Städtebauförderung wünsche möglichst schmale Fahrbahnbreiten für die Optimierung des Fußgängerverkehrs. So solle um den Ring herum ein Gehsteig von 2 m Breite sowie Bushaltestellen zum Ein- und Ausstieg realisiert werden; Herr Lamprecht verdeutlicht dies auf den Planunterlagen. Die Querungshilfen habe man mit dem Verkehrsplaner abgestimmt; die Querung sei auch bei Gegenverkehr unproblematisch möglich. Der Marktplatz sei eher als grüner Platz ausgebildet; hier sollen zwei oder drei markante Bäume gepflanzt und Sitzmöglichkeiten geschaffen werden; der Brunnen sollte reaktiviert werden, so dass der Platz mit dem Anbau der Sparkasse ähnlich einem Dreiseithof wirke. Im südlichen Bereich der Niederhoferstraße 4 werde eine Scheune abgebrochen, der Flachbau solle stehenbleiben.

Im südöstlichen Bereich am Platz der Partnerschaft vor der Alten Knabenschule soll ein Bistro eingerichtet werden. Die Bushaltestelle müsse barrierefrei sein mit einem 18 cm hohen Bordstein. Sie müsse nach rechts verschoben werden, da der Bus einen Wenderadius brauche. Untergeordnete Straßen sollen vom Belag her abgesetzt werden, was optisch harmonischer wirke. Das Bestandsbild werde derzeit geprägt durch viel Asphalt und schmale Gehsteige, Bäume seien in Mitleidenschaft gezogen. Plätze und Räume sollen geschaffen werden ohne beengende Situationen mit viel Platz für Fußgänger. Das Renaissancegebäude mit einem Bistro stelle eine sehr schöne runde und harmonische optische Verbindung zum Schloss dar.

1. Bürgermeister Losert dankt sodann für die gute und sehr aussagekräftige Präsentation.

Ratsmitglied Pototzky bezeichnet das Konzept als großen Wurf für die Gemeinde. Das Ziel sei zu Recht, einen stressfreien Verkehr und eine Entschleunigung zu erreichen. Wie aber könne sichergestellt werden, dass nicht einer mit 50 km/h in die Kurve fahre?

Ratsmitglied Laug verlässt die Sitzung um 20.05 Uhr.

Herr Lamprecht erläutert und zeigt die Kurvensituation. Durch die breiteren Gehsteige erziele man die optische Wirkung einer Fußgängerzone; durch den optischen Eindruck und den Platzcharakter dürfte die gewünschte Entschleunigung eintreten. Bei einer Staatsstraße sei die Festsetzung von 30 km/h schwierig. Zudem bedingen ja die Abbremsituationen bei den Ein- und Zufahrten, vom Gas zu gehen.

1. Bürgermeister Losert meint, dass man eine 30-er Zone habe, ob es gelinge, diese beizubehalten, werde man sehen. Aufgrund der Konstellation sei jedenfalls der Erhalt anzustreben. Vorfahrtsberechtigung gebe es nur im Kreis, alle anderen seien wartepflichtig.

Ratsmitglied Weidner erinnert daran, dass beim Bürgerworkshop auch das Thema Schulweg erörtert wurde, darüber sei heute noch nicht gesprochen worden. Wie könnte die Verbesserung der Schulwegsicherheit dargestellt werden? Die Förderung des innerörtlichen Busverkehrs sei auch besprochen worden. Es sei hier vorgetragen worden, dass der Bushaltepunkt in der Niederhoferstraße nur für den Ausstieg gedacht sei; hier müsse aber auch das Einsteigen möglich sein, schließlich sollten die Leute innerorts zum Bus gebracht werden. Sei auch sichergestellt, dass das mit Zwischenschritten funktioniere, und wie gehe das los – müsse das Gebäude sofort abgerissen werden oder könne es erst stehenbleiben? Und wie stellen sich die Terminplanung und Kostenschätzung dar?

1. Bürgermeister Losert möchte zu den Kosten eingreifen. Hier seien in erster Linie die Straßenplaner gefragt, der größte Anteil liege im Straßenbau, und der sei Sache des Freistaates. Mit dem Landkreis gebe es eine sog. Kreuzungsvereinbarung, da eine Kreisstraße betroffen sei. Dieser Anteil werde vom Büro Maier auf mindestens 1 Mio. Euro taxiert. Die städtebaulichen Maßnahmen seien noch nicht bezifferbar, das sei im jetzigen Stadium auch noch nicht sinnvoll. Ein Gebäude befinde sich bereits im Gemeindeeigentum, die Bischof-Schmitt-Straße 1 und Niederhoferstraße 1 gehören der Gemeinde schon länger. Bei der Marktstraße 2 seien die Gespräche soweit abgeschlossen; bei dem daneben liegenden Scheunenbau sei ein Abbruch möglich, wobei man aber auf das Alter der Beteiligten Rücksicht nehmen müsse. Bei einem rechtskräftigen Bebauungsplan könne man den Förderantrag stellen. Beim Straßenbau liege die Förderung zwischen 50 % und 80 %, wobei man natürlich die Höchstförderung anstrebe. Im äußeren Ring habe man mit den Anliegern bezüglich Schließung der Zufahrten wegen der Bushaltestelle und des Parkraums schon vor einigen Jahren intensive Gespräche geführt, und ebenso mit der Sparkasse; dort begrüße man die Zu- und Ausfahrt, ein Wendeverkehr sei nicht gewünscht. Bezüglich der alten Schmiede seien Gespräche geführt und Lösungen besprochen worden, die sich in der Planung wiederfinden. Insgesamt seien die Dinge auf einem guten Weg. Ziel sei, bis Sommer 2018 Planungsrecht zu haben und dann den Förderantrag bei der Regierung zu stellen. Der Bau, so auch die Regierung, erfolge in Abschnitten. Mit dem Baubeginn des Einbahrings sei frühestens 2019 zu rechnen. Wegen der älteren Eigentümer, auf die man

Rücksicht zu nehmen habe, könne sich die Maßnahme aber über einen derzeit nicht definierbaren Zeitraum hinziehen. Was den Schulweg betreffe, habe man einen ampelgeregelten Übergang bei der Apotheke, der erhalten bleiben solle. An jeder Ausfahrt aus dem Kreisverkehr werde man eine Querungshilfe schaffen. Das führe zu mehr Sicherheit für die Fußgänger und Schulkinder. Im äußeren Ring werde man Gehsteige in ausreichender Breite haben, dort könne der Schülerverkehr ohne Probleme stattfinden. Auch bei den Wohnungen sei ein sicherer Übergang möglich.

Ratsmitglied Weidner konstatiert eine große Verbesserung für die Schulkinder insofern, als sie von der Marktstraße kommend über die Fußgängerampel dann weiter über den Platz der Partnerschaft und den Mühlwiesenweg weiterlaufen können.

Ratsmitglied Schmid gibt im Auftrag von Ratsmitglied Laug, der die Sitzung aus beruflichen Gründen verlassen musste, ein „dickes Lob“ an die beiden anwesenden Planer weiter; das sei das Beste, was man hier je präsentiert bekam! Die Bischof-Schmitt-Straße werde gegenüber dem heutigen Zustand wesentlich verbessert. Jedenfalls sollte man den Einbau einer Schikane berücksichtigen, um die Ausfahrt Richtung Marktstraße zu schließen; das könnte sonst ein willkommener Abkürzungsverkehr sein. Hinsichtlich der Finanzierung seien ja auch schon einmal Aussagen des Landrats in der Main-Post zu lesen gewesen bezüglich der Anschlüsse der Kreisstraßen. Bei einer Ortsumgehung fallen die Kreisstraßen komplett weg, und wie weit dann noch Zuschüsse seitens des Landkreises gegeben werden, sei fraglich. Dafür sollte es noch einmal bei der Umgehungsstraße Zuschüsse oder höhere Fördermittel geben. Wenn man die Baumaßnahmen parallel durchführe, habe man das Problem, dass der Verkehr anders umzuleiten wäre – eine Umleitung wegen der Umgehung und der Innerortsmaßnahme würde wohl zu einem Chaos führen; man müsse nicht zwei Großbaustellen gleichzeitig haben.

1. Bürgermeister Losert verweist auf die Kreuzungsvereinbarung mit dem Landkreis betreffend den Kreisverkehr am Holzweg im nächsten Jahr, hier münde die WÜ 3 ein. Das sei die Verbindung zur WÜ 8 nach Güntersleben. Der Landkreis müsse auf diesen Umstand hingewiesen werden.

Ratsmitglied Wetzler bittet, bezüglich des Schulweges zu berücksichtigen, dass die an den Haltestellen wartenden Schüler dem Wetter ausgesetzt seien und keinerlei Schutz vor Regen und Schnee hätten. Sie müssten sich bei längerer Wartezeit in den Vorbau der Sparkasse zurückziehen. Eine wettergeschützte und beheizbare Schulbusstation wäre für die Kinder ein großer Zugewinn.

1. Bürgermeister Losert meint, dass man an den Haltepunkten durchaus Fahrgastunterstände einrichten könne. Bei dem angesprochenen Bus handle es sich wohl um den „Gymnasiumsbus“ nach Veitshöchheim, der durch den Einbahnring weiter nach Güntersleben müsse.

Ratsmitglied Meißner kommt auf den Buseinstieg in der Marktstraße und den Ausstieg in der Niederhoferstraße zu sprechen – wer verbiete eigentlich den jeweiligen Ein- und Ausstieg?

Niemand verbiete das, so Herr Lamprecht; es handle sich lediglich um eine Annahme.

1. Bürgermeister Losert meint, dass man das auch umgekehrt betrachten könne.

Beschluss:

Der Marktgemeinderat stimmt dem Planungsentwurf des Bebauungsplans Neuordnungskonzept Ortsmitte Rimpar und Einbahnring Marktplatz wie vorgestellt und mit den Anmerkungen und Ergänzungen des Gemeinderats zu.

Beschlossen Ja 19 Nein 0

3 Zusammenarbeit in einer neuen Mittelschule im nördlichen Land-

kreis Würzburg nach Aufkündigung des Schulverbundes Marquard von Grumbach

1. Bürgermeister Losert verweist auf die Ausgangslage. Demnach habe es Untersuchungen im Rahmen von ILEK für einen gemeinsamen Schulstandort gegeben. Vor den Sommerferien haben sowohl der Schulverband Unterpleichfeld als auch der Schulverband Estenfeld den Schulverband Marquard von Grumbach gekündigt. Bezüglich der Bewertung der Schulgebäude habe man von den sieben Partnergemeinden der ILEK bis heute keine oder nur unzureichenden Antworten bekommen, die nicht ausreichend seien, um sich mit einer Entscheidung zu befassen. Rimpar habe für seine Schule 5 Mio. Euro ausgegeben, was aber noch nicht das schwerwiegendste sei; denn wenn das Ganze nach Unterpleichfeld verlagert werden sollte, wären weitere 10 Mio. Euro Steuergelder aufzuwenden mit einer Förderung durch den Freistaat von 60 %. Von den restlichen 4 Mio. Euro müsste Rimpar dann wieder ein Drittel bezahlen. Im Vorfeld dieser Sitzung habe man sich deshalb im Kreis der Fraktionssprecher zusammengesetzt und ein Positionspapier erarbeitet, das an alle Ratsmitglieder herausgegeben worden sei, ebenso an die Presse.

Wie in diesem Papier ausgeführt, solle die Mittelschule langfristig erhalten werden, das wäre für alle beteiligten Gemeinden und ihre Bürgerinnen und Bürger, insbesondere aber natürlich die Schülerinnen und Schüler, eine gute Situation. Der Markt Rimpar biete deshalb an, unter diesen Voraussetzungen – d.h. zwei selbstständige Schulen, die jede für sich mit eigener Schulleitung geführt werde – in einem neuen Schulverband zu bleiben. Dem gegenüber stellt die Gründung eines Schulverbandes mit einem einzigen zentralen Standort, einem Schulhaus und einer Schulleitung für den Markt Rimpar keine Basis für eine weitere schulische Zusammenarbeit zwischen den acht Gemeinden dar.

Ratsmitglied Voll äußert seine vollinhaltliche und uneingeschränkte Übereinstimmung mit dieser Position. Der Standort Rimpar müsse unter eigenständiger Schulleitung erhalten bleiben.

Ratsmitglied Schmid erwähnt zusätzlich zwei kürzliche Petitionen, die im bayer. Landtag behandelt wurden mit dem Ziel, den Mittelschulstandort Rimpar zu erhalten, was zu einem Streit zwischen den Landtagsabgeordneten Ländner und Halbleib geführt habe. Mit den Stimmen der CSU seien beide Petitionen aber für erledigt erklärt worden. Dennoch solle im Landkreis weiter an einer konstruktiven Lösung gearbeitet werden. Das von Bürgermeister Losert gerade vorgestellte Konzept sei dabei die sinnvollste Lösung.

Ratsmitglied Weidner konstatiert hier im Gemeinderat Einigkeit in hervorragender Weise. Zu einem konstruktiven Dialog sei man freilich bereit.

Beschluss:

Der Marktgemeinderat beschließt das Positionspapier „Schulstandort nördlicher Landkreis Würzburg – Umsetzung Mittelschulkonzept“.

Beschlossen Ja 19 Nein 0

4 Seniorenratswahl 2017 - Berichtigung des Wahltermines

Der Marktgemeinderat nimmt die Verschiebung des Termines für die Seniorenratswahl auf den 20.12.2017 nach Sachvortrag durch den geschäftsleitenden Beamten zustimmend zur Kenntnis.

Zur Kenntnis genommen

5 Antrag der SPD-Fraktion vom 17.07.2017: Briefwahlunterlagen bei Bürgerentscheiden; Information zur Satzungsänderung

Der geschäftsleitende Beamte erklärt, dass die Satzungsänderung derzeit vorbereitet werde und in der Dezembersitzung des Gemeinderats auf die Tagesordnung komme.

Zur Kenntnis genommen

6 Antrag der RL/IGU Fraktion zur Anordnung von Tempo 30 auf allen Durchgangsstraßen der Marktgemeinde, hierzu auch div. Anträge der Fraktionen CSU und SPD zur Verkehrssituation

Ratsmitglied Voll erläutert den Antrag der Fraktion. Schon immer sei es das Anliegen gewesen, die Geschwindigkeiten auf den Durchgangsstraßen zu reduzieren, um die Lärm- und Schadstoffbelastung zu verringern. Das Thema sei jetzt brandaktuell, zumal ja kürzlich in Kleinrinderfeld einige Zonen eingeführt wurden.

1. Bürgermeister Losert zeigt auf der Projektionsleinwand einen entsprechenden Lageplan und nimmt Bezug auf eine Rücksprache mit dem Landratsamt. Von der Günterslebener Straße, ab Weidleinsweg, bis zum Marktplatz habe man bereits eine 30-er Zone, und ebenso vom Gasthaus Lamm Einbahnring bis Herrngasse, wie die StVO das vorgebe. An neuralgischen Punkten sei eine streckenbezogene Geschwindigkeitsbegrenzung möglich, wenn sich in unmittelbarer Nähe ein Kindergarten, eine Schule oder ein Altenheim befinde. Vorhin habe man über den Schulweg gesprochen, der auch dazu geführt habe, diesen 30-er Bereich einzurichten. In Gramschatz an der S-Kurve bei der Kirche oder in der Hausener Straße könne man wegen des Kindergartens auch darüber nachdenken, ob diese Regelung greife. Für den gesamten Bereich der Durchgangsstraße sei eine flächendeckende Tempo 30 Zone jedoch schwierig, so auch das Landratsamt. Ein Vergleich mit der Gemeinde Kleinrinderfeld sei nach Aussage der Behörde auch nicht möglich. Man könne hier als politisches Gremium natürlich eine solche Aussage treffen. Wenn man aber zuviel 30-er Zonen habe, werde der Taktverkehr mit dem Bus kritisch. In Maidbronn habe es einmal von Estenfeld talwärts eine 30-er Strecke gegeben, was aber wieder zurückgenommen wurde. Jedoch sollte man wenigstens in Teilbereichen, wo möglich, z.B. bei Schulweg, eine solche Lösung anstreben.

Ratsmitglied Weißner verweist auf einen heutigen Beitrag in den Medien, wonach die Stadt Würzburg großflächig die Zone 30 ausweise, um die Bürger zu schützen. Es sei nicht nachvollziehbar, warum man es dagegen kleinen Ortschaften so schwer mache, dies ebenso zu tun und man das immer mit „Staatsstraße“ begründe. In anderen Bundesländern funktioniere das viel leichter. Das gehe an die Adresse des Landratsamtes, mehr an die Bürger zu denken.

Man sollte, so 1. Bürgermeister Losert, mit der Verkehrsbehörde und dem Straßenbaulastträger in einen ernsthaften Dialog treten, um Verbesserungen zu erzielen.

Ratsmitglied Weidner gefällt nicht die ausschließliche Sicht auf die StVO. Er habe zum Beispiel viel Sympathie für die Bürgerinitiative in der Gemeinde Zell. Dort fordere man die konsequente Anwendung von Lärmvorschriften zum Schutz der Bevölkerung. Ein rein rechnerischer Schallpegel sei schön und gut, aber die Anwohner kennen aus eigener Erfahrung den tatsächlichen „Vorbeifahrpegel“, der zur Beeinträchtigung der Nachtruhe führe; schließlich hätten die Bürger auch ohne die StVO Schutzrechte. Wenigstens könne der Schulweg für die Schulzeit Begrenzungen bringen. In Maidbronn könnte man die Staatsstraße möglicherweise beampeln, schließlich sei Maidbronn viel größer als Gadheim, und man habe deshalb ein größeres Anrecht auf eine Ampel als dieser Ortsteil von Veitshöchheim.

1. Bürgermeister Losert erwähnt, kürzlich in Gadheim an der Ampel gehalten zu haben, da seien tatsächlich zwei Personen am Freitag über die Straße.

Ratsmitglied Pototzky knüpft nahtlos an Ratsmitglied Weidner an. Es gehe um mehrere Dinge, die man gleichzeitig mit einer Verkehrsreduzierung befördern könne. Es müsse halt erst wieder

einmal etwas passieren, womit man sich aber nicht abfinden könne. Tempo 30 könnte sowohl für den Lärmschutz als auch die Abgasreduzierung etwas bringen. Man müsse auch ein Signal an die Bürgerinnen und Bürger senden: Man wolle nicht nur die Umgehungsstraße, sondern insgesamt eine Entlastung vieler Bürger vom Straßenlärm. Eine Geschwindigkeitsreduzierung koste nichts und ginge schnell, wenn man nicht von den Behörden ausgebremst würde. Der Antrag der Fraktion habe mehrere Punkte, nämlich z.B. Punkt 1: Die Verwaltung werde beauftragt, eine regelmäßige Datenaufnahme der gespeicherten Daten zu veranlassen. Dann könne man nämlich mit Daten argumentieren und Gefährdungspotenziale begründen. Freilich sei das Thema Lärm sehr diffizil, aber aufgrund einer EU-Richtlinie könnte man Lärmschutzpläne erlassen, mit deren Hilfe man Geschwindigkeitsbegrenzungen festsetzen könnte. Es sollte geprüft werden, ob das hier nicht möglich sei. Sofern es tatsächlich eine landesweite Kartierung gebe, in der die Straße aufgeführt sei, sollte man prüfen, ob nicht der Erlass einer Lärmschutzanordnung möglich wäre für eine umfassende Geschwindigkeitsbegrenzung, auch wenn die Behörden da mit Sicherheit nicht gerne drauf eingehen würden. Aber man müsse alles nur Mögliche versuchen.

Die Angelegenheit, so der Vorsitzende, komme am Montag im Bauausschuss auf die Tagesordnung. Eine erste materielle Prüfung mit dem Landratsamt sei ja schon gelaufen. Wenn der Gemeinderat das beschlussmäßig möchte, werde die Verwaltung das Verfahren weiterbetreiben. Es werde wohl auf eine Verkehrsschau hinauslaufen, das müsse vor Ort geklärt werden. Entsprechende Anträge werden an das Landratsamt und das Straßenbauamt gestellt. Aber die Einführung von 30 km/h auf der gesamten Ortsdurchfahrt würde zu echten Problemen mit dem Taktverkehr führen. Das müsste deshalb auch mit der Nahverkehrsgesellschaft als Linienbetreiber erörtert werden.

Ratsmitglied Schmid verweist auf unterschiedliche Meinungen in der Fraktion. Man müsse bei der Thematik alle Aspekte berücksichtigen, beispielsweise auch, dass ein LKW oder Bus in Maidbronn vor dem Hochfahren Herunterschalten müsse, was auch zu einer Lärmbelästigung führen könne. Zudem kämen die Busse von Würzburg nach Rimpar, wie eigene Erfahrungen zeigten, ohnehin nie pünktlich an, das gebe die Taktgeschwindigkeit nicht her. Und wenn man jetzt in Rimpar noch zusätzliche Behinderungen einbaue, könne man den Taktverkehr vollends vergessen. Der vorliegende Antrag sei mit einer Überschrift und einem aus drei Punkten bestehenden Antrag formuliert. Den drei Punkten könne man ohne weiteres zustimmen, weil nicht die kompletten Straßen gemeint seien, sondern geeignete Maßnahmen; hier müsse man auch mit Behörden und Institutionen reden. Nach einem Beschluss aus der letzten Sitzung sollten mehr Bürger die öffentlichen Verkehrsmittel inner- und außerorts benutzen, und man habe hierfür entsprechende Finanzmittel beschlossen, um das attraktiver zu machen. Dieser Verkehr sollte auch in Anspruch genommen werden. Den drei Punkten als Antrag könne man zustimmen, nicht aber der Antragsüberschrift.

1. Bürgermeister Losert meint, dass der Kern des Antrags die drei genannten Punkte seien. Die Anträge der SPD-Fraktion und der CSU fließen da mit ein. Insgesamt werde man das mit der Verkehrsbehörde besprechen.

Beschluss:

Der Marktgemeinderat ist mit dieser Vorgehensweise einverstanden. Die Angelegenheit ist mit dem Straßenbauamt und Landratsamt weiter zu erörtern.

Beschlossen Ja 19 Nein 0

7 Erklärung zur Eröffnung des Planfeststellungsverfahrens zur Westtrasse der Ortsumgehung Rimpar/Maidbronn

Der Vorsitzende verweist auf die bekannte Vorgeschichte und den kürzlichen Dialog mit den Bewohnern des Scheuerbergs, an dem auch Herr Nuber teilgenommen und die Situation dargestellt habe. Im Nachgang sei durch die Verwaltung ein Vorschlag gemacht worden, der vom

Büro Maier geprüft und bei Dr. Fuchs im Straßenbauamt erörtert wurde. Auslöser war eine Verkündung des Landrats am Montag im Kreistag, dass die Unterlagen für die Westtrasse für die Planfeststellung vorgeprüft und vom Landrat zu unterschreiben seien, damit das Verfahren eröffnet werden könne, d.h. für jeden bestehe die Möglichkeit, Bedenken vorzutragen. Eine Verbesserung, die man habe prüfen lassen, könnte im Verfahren über die Einwendungen und Anregungen weiter betrachtet werden. Das bedeute die Verlegung der Trasse hinter die Häuser der Beamtsiedlung, das könne man im Verfahren über eine sog. Tektur nachbessern. Der Antrag der Interessengemeinschaft auf eine weiträumige Lösung wäre sowohl nach Feststellung des Planungsbüros als auch des Straßenbauamts keine zielführende Planung und würde von den Behörden auch nicht gefördert werden, d.h. eine solche Maßnahme stehe für Rimpar nicht an. Die vorgeschlagene Variante hinter der Beamtsiedlung sei eine konsensfähige Lösung und sei durch eine nachträgliche Tektur auch möglich. Ansonsten werde die Planfeststellungsbehörde die Planung feststellen und zum Baurecht führen. So seien die Aussichten und die Aussagen der Behörden, dass man mit dieser Konstellation ins Verfahren gehen könnte, damit alle Beteiligten die Sache bewerten können. Der Landrat wolle eine Erklärung für das Planfeststellungsverfahren haben, dann werde er das umgehend einleiten, das sei der Hintergrund für diesen Tagesordnungspunkt. Die Erklärung werde deshalb empfohlen, weil niemand ausgeschlossen werde und sich jeder im Verfahren äußern könne.

Ratsmitglied Weißner fühlt sich überrumpelt. Es falle ihm schwer, in das Planfeststellungsverfahren zu gehen, da für ihn mögliche Verbesserungen noch offen seien. Anhand der Minimallösung werden alle Gutachten und Planungen gemacht. Ihm fehle noch die Substanz.

1. Bürgermeister Losert erklärt, dass man seit 2001 über eine Umgehungsstraße diskutiere. Für rd. 1 Mio. Euro habe man rings um Rimpar herum Untersuchungen durchführen lassen. Es sei nun alles untersucht, und man habe sich seinerzeit auch der Bürgerinitiative gegen die B 26 n angeschlossen. Ein Planfeststellungsverfahren habe nichts mit Glück oder Ungemach zu tun, es würden hier alle Fakten und Eingaben bewertet, so dass jederzeit eine Nachbesserung möglich sei. Er sehe deshalb keinen Grund, nicht ins Verfahren einzusteigen.

Ratsmitglied Weidner bestätigt, ausführliche und umfassende Informationen bekommen zu haben. Der Ziel- und Quellverkehr sei detailliert untersucht worden. Mindestens drei außerordentliche Ortsbegehungen hätten stattgefunden. Bei Besichtigungen vor Ort sei von 36 Mio. Euro die Rede gewesen, und genau an diesem Punkt habe man sich „verharkt“. Man bekomme die Ortsumgehung über die B 26 n nicht. Der Südkorridor löse die Probleme der Gemeinde überhaupt nicht. Man brauche eine wirksame Ortsumgehung, die die Lasten der Bürger insgesamt reduziere. Genau dahin müsse man sich vorantasten, und das tue man jetzt. Und wenn man mit einer Idee ins Verfahren hineingehe, heiße das noch nicht, dass man mit genau dieser Idee aus dem Verfahren auch wieder herauskomme. In der Planfeststellung würden vielmehr alle möglichen Alternativen untersucht, und man wolle schließlich einen breiten Bürgerdialog. In der Planfeststellung bestehe deshalb eine sehr gute Möglichkeit der Bürgerbeteiligung. Das sei heute der richtige Zeitpunkt dafür.

Ratsmitglied Schmid erwähnt einen der ersten Beschlüsse seiner Amtszeit als Gemeinderatsmitglied, als es um eine Umgehung zwischen Maidbronn und Rimpar durch das Pleichachtal ging; dies habe keine Mehrheit gefunden, es kam zum Stimmenpatt. Dann habe man in der Folgezeit begonnen, Alternativen zu suchen, um den Verkehr in Maidbronn und in Rimpar in der Niederhofer- und Günterslebener Straße zu reduzieren. Nach dieser langen Zeit sehe er sich verpflichtet, für die anwohnenden Bürger eine Entlastung zu schaffen. Die SPD-Fraktion sei der Ansicht, dass man sich eine Riesenchance vergebe, wenn man nicht jetzt in die Planfeststellung gehe. Nach den vom Vorsitzenden geführten Gesprächen könne man mit einer hohen Bezuschussung rechnen. Und ohne eine solche seien die Kosten von der Gemeinde nie und nimmer zu stemmen. Und dann sei die Straße gestorben. Wenn also die Zuschüsse weg sind, müssten die Betroffenen wissen, dass dann die Straße erledigt sei und Erleichterungen für die Zukunft passé seien. Natürlich müsste eine zusätzliche Belastung für die Bewohner des Scheuerbergs gegen Null gehen oder dürfte höchstens gering ausfallen. Die Fraktion sehe dies

dadurch möglich, dass die Straße weiter nach oben verlegt werde und aus dem Blickfeld verschwinde. Die Sichtbedingungen für den Scheuerberg bestehen bisher nur aus dem Pleichachtal und grünen Wiesen, künftig habe man halt eine Brücke vor Augen, die sich herüberziehe. Aber da gebe es bauliche Möglichkeiten, wie man an den Lärmschutzmaßnahmen an der A 70 sehen könne. Die SPD-Fraktion plädiere jedenfalls für die Planfeststellung, denn man müsse jetzt endlich weiterkommen, man habe nun viele Jahre lang überlegt und geplant. Das Verfahren biete die Möglichkeit, die kritischen Punkte noch einmal abzuwägen und zu diskutieren. Man baue die Straße für die nächsten 100 Jahre, und man müsse jetzt endlich ins Verfahren gehen.

Ratsmitglied Pototzky kann nicht ausschließen, dass diese Ausführungen ein wenig Verständnis bei den heute anwesenden Anwohnern geweckt haben. Draußen werde das aber sicher anders verstanden. Gerade jetzt sei ein Dialog mit den Betroffenen im Gange, und ausgerechnet in diesem Moment soll das Planfeststellungsverfahren eingeleitet werden; das könne nur so verstanden werden, dass man schon einmal die Bagger anrollen lasse. Das sei ein sehr schlechtes, geradezu verheerendes Signal an die Bürger, und die IGU sei deshalb zu diesem Zeitpunkt dagegen.

1. Bürgermeister Losert widerspricht dem; mit dem Planfeststellungsverfahren werde noch keine Baustelle geschaffen. Das sei ein reines Planungsverfahren, und es rollen auch noch keine Bagger an.

Ratsmitglied Weidner meint, dass an diesem Punkt jetzt wohl die Einigkeit in der Verkehrsdiskussion ende. Die Planfeststellung sei ein Angebot zum Dialog, in dem man die beste Lösung finden könne. Die Rahmenbedingungen seien besprochen worden. In Ergänzung zu Ratskollege Schmid stelle sich beispielsweise bei Baugebieten immer die Frage nach der Weiterentwicklung für die Gemeinde. Und diese Frage beantworte man jetzt mit der Umgehung und Planfeststellung. In Randersacker und Biebelried sei das auch gelungen, in diesen Gemeinden gebe es viele Gewinner durch die Umgehung. In diesem Sinne wolle man das verstanden wissen.

Ratsmitglied Wetzl würde sich auch wünschen, wenn die Brücke 100 Jahre oder gar länger halte. Doch eine Brücke müsse auch recht bald wieder saniert werden. Dennoch sollte man heute „einen Pfahl einschlagen“ und jetzt ins Verfahren gehen, auch wenn in der CSU der Aspekt der Bürgerbeteiligung durchaus kritisch hinterfragt wurde. Wenn man jetzt mit der Westtrasse einsteige, sei noch nichts beschlossen und man vergebe sich nichts, vor allem rollen noch keine Bagger an. Das Verfahren sei ja Ansatzpunkt für eine Bürgerbeteiligung, weil jeder das Recht habe, seine Ideen oder auch seinen Widerspruch einzubringen, und kein einziger Einwand könne hier übergangen werden. Sonst bestehe für die Bürger keine Möglichkeit der Beteiligung. Nach einem zwanzigjährigen Vorlauf komme man nun endlich einmal weiter. Wegen möglicher Alternativen könne sich jeder Bürger einbringen. Bei der Planfeststellung sei ja eine möglichst große Bürgerbeteiligung wünschenswert, und jetzt bestehe die Möglichkeit dazu. Wenn man alternativ auf die nächsten Jahre warte, wäre man an genau dem gleichen Punkt. Jetzt dagegen sei ein guter Zeitpunkt, ergebnisoffen in die Planfeststellung einzusteigen. Jeden werde man nicht glücklich machen können, aber man müsse den bestmöglichen Kompromiss erzielen, und genau dafür seien ja die Fachplaner da.

1. Bürgermeister Losert ergänzt, dass es im Planfeststellungsverfahren einen öffentlichen Anhörungstermin gebe, den die Regierung zu gegebener Zeit in Rimpfarn veranstalten werde. Zusätzlich zu diesem amtlichen Erörterungstermin werde es, wie mit Fachbehörden und Planungsbüro abgesprochen und auch im Bürgerdialog versprochen, eine Bürgerversammlung geben, aber nicht nur die reguläre im Januar, sondern eine eigene Bürgerversammlung, bei der jeder die Gelegenheit zur Wortmeldung bekomme. Diese Bürgerversammlung werde selbstverständlich rechtzeitig vorher angekündigt. Also bitte er jetzt um Abstimmung bezüglich der Erklärung.

Ratsmitglied Bötsch bekräftigt, immer für die Umgehung gestimmt zu haben, trotz Landverbrauch und Naturzerstörung. Sehr schade sei, dass die Planfeststellung gerade jetzt zu Beginn des Bürgerdialogs erfolgen solle. Es wäre gut gewesen, über Alternativen hier im Gemeinderat nochmal informiert zu werden und zu sprechen. In der letzten Sitzung sei das sehr schnell „übers Knie gebrochen worden“.

1. Bürgermeister Losert hält es nicht für zielführend, noch einige Jahre lang zu reden. Bei einer heutigen Beschlussfassung bekomme der Landrat morgen das Signal, und im Übrigen bleibe man weiter im Dialog.

Beschluss:

Der Marktgemeinderat erklärt sich mit der Eröffnung des Planfeststellungsverfahrens zur Westtrasse der Ortsumgehung Rimpar/Maidbronn einverstanden.

Beschlossen Ja 15 Nein 4

8 Antrag Partnerschaftskomitee, Zuschuss anlässlich 20-jähriges Partnerschaftsjubiläum

Der Vorsitzende verweist auf den entsprechenden Brief des Partnerschaftskomitees. Durch das Jubiläum seien höhere Kosten als geplant angefallen.

Beschluss:

Dem Antrag des Partnerschaftskomitees auf Bezuschussung anlässlich des 20-jährigen Partnerschaftsjubiläums wird ohne weitere Aussprache vollinhaltlich stattgegeben.

Beschlossen Ja 19 Nein 0

9 Verschiedenes

a) Verwendung von Streusalz

Ratsmitglied Pototzky verweist auf einen Bericht in der Main-Post, demzufolge die Stadt Würzburg kein Streusalz mehr verwende. Da sei der Markt Rimpar wohl fortschrittlicher, das habe man hier doch schon längst, oder? Ansonsten sollte man sich der Stadt Würzburg anschließen.

1. Bürgermeister Losert antwortet, dass hier eine Salzlauge Mischung mit gekörntem Salz zum Einsatz komme, das sei eine Natriumlauge. Die öffentlichen Gehwege seien nach der Satzung sauberzuhalten. Steigungen für Busse und Rettungsdienste müssten benutzbar sein, da habe man einen neuen Streuautomaten. Insgesamt spare man durch die Zusetzung von Natriumlauge zum Steinsalz mehr als 50 % Streugut ein. Bezüglich der Gehwege könne das aber nochmal überprüft werden.

b) Schulbusverkehr/Schulbushaltestelle Gramschatz

Ratsmitglied Wetzel erklärt, von mehreren Eltern zum Schulbusverkehr der Schüler aus Gramschatz angesprochen worden zu sein. Wegen einiger Baustellen und großer Kräne könnten die Busse nicht durch die Winkelgasse fahren, so dass an manchen Tagen die Haltestelle nicht angefahren werde. Ein fünfzeiliger Text mit einem entsprechenden Hinweis an der Haltestelle sei für Grundschüler eine schöne Herausforderung. Die Eltern hätten die Kinder wie üblich zur Schulbushaltestelle geschickt, und die Busfahrer hätten eigenmächtig beschlossen, diese Haltestelle nicht mehr anzufahren. Das Unternehmen habe die Weigerung der Busfahrer bestätigt, weil sonst die Busse Schaden nehmen. Fakt sei, dass die Schüler nicht abgeholt wurden, und die Eltern mussten dann privat fahren. Das sollte in der nächsten Bauausschusssitzung behandelt werden. Die Eltern seien ja in WhatsApp-Gruppen organisiert, und er bitte, gemeinsam mit Busunternehmen und Schulleitung eine Regelung zu finden, dass die Eltern vorher zuverlässig wissen, wann sie ihr Kind wohin schicken müssen.

Er habe bereits Herrn Mario Grömling gebeten, so 1. Bürgermeister Losert, mit dem Landratsamt und dem Verkehrsunternehmer diesbezüglich Kontakt aufzunehmen, die Sache laufe. Am Montag könne im Bauausschuss dazu weiter berichtet werden.

1. Bürgermeister Burkard Losert schließt um 21:38 Uhr die öffentliche Sitzung des Marktgemeinderates.

Vorsitz

Schriftführung

Burkard Losert
1. Bürgermeister

Michael Amon
Geschäftsleitender Beamter